



Medienmitteilung

Zürich, 10. November 2022

Flugplatzareal in Dübendorf soll zu einem Innovationspark entwickelt werden

Die Spezialkommission Innovationspark Zürich (IPZ) beantragt, einem Verpflichtungskredit für den Innovationspark ([5819](#)), einem Planungskredit für einen Forschungs-, Test- und Werkflugplatz ([5820](#)) sowie einer Teilrevision des Richtplans ([5821](#)) zuzustimmen und vom Synthesebericht Kenntnis zu nehmen ([5768](#)). Die meisten Änderungsanträge betreffen das Festschreiben oder die Verschärfung von ökologischen und verkehrspolitischen Forderungen sowie den Flugbetrieb.

Das Flugplatzareal in Dübendorf soll für die Bevölkerung erschlossen und für Innovation, Forschung und Arbeitsplätze genutzt werden. Es wird schrittweise ein Innovationspark errichtet, welcher sich zu einem lebendigen Stadtquartier entwickeln kann. Die aviatische Infrastruktur soll als strategische Reserve gesichert werden. Grundlage für die Transformation des Flugplatzareals bildet der Synthesebericht ([5768](#)). Der Bericht wurde von Bund, Kanton, Standortgemeinden und weiteren Partnern erarbeitet und gemeinsam verabschiedet. Mit dem Synthesebericht hatte sich der Regierungsrat verpflichtet, die kantonalen Umsetzungsschritte anzustossen. Daraus resultierten drei Vorlagen:

1. 97,45 Millionen Franken für Entwicklung des Innovationsparks

Für die schrittweise Entwicklung des Innovationsparks beantragt der Regierungsrat einen Verpflichtungskredit von 97,45 Millionen Franken ([5819](#)). Zudem hat er die bisherige, nicht mehr aktuelle Vorlage zurückgezogen ([5502](#)). Der neue Antrag umfasst ein doppelt so grosses Gebiet (Teilgebiete A und B). Der dafür notwendige Verpflichtungskredit konnte jedoch im Vergleich zur ursprünglichen Vorlage halbiert werden. Bei 44 Millionen Franken der insgesamt 97,45 Millionen Franken handelt es sich um Darlehen, die im besten Fall vollständig amortisiert werden. Der Innovationspark soll etappenweise, nach Bedarf der Nutzenden und umweltschonend entwickelt werden. Die Mehrheit der Kommission (SP, FDP, GLP, EVP, Mitte) stimmt dem Verpflichtungskredit unverändert zu.

Eine Minderheit (Grüne) beantragt eine Kürzung um 49,5 Millionen Franken. Sie ist der Ansicht, dass zum einen die Vorfinanzierung der Erschliessungsinfrastruktur in der Höhe von 44 Millionen Franken keine Staatsaufgabe sei, sondern auf dem privaten Kapitalmarkt erfolgen müsse. Zum anderen stellt sie den Antrag, der Staatsbeitrag an die IPZ-Stiftung für die Aufbauphase sei um die Hälfte auf 2,5 Millionen Franken zu kürzen und die Subvention an die Stiftung von 3 Millionen Franken für den Aufbau und Betrieb des IPZ zu streichen. Die Summe von 5,5 Millionen Franken in der Aufbauphase ist nach Ansicht der Minderheit ebenfalls privat zu finanzieren.

Eine andere Minderheit (SVP) beantragt mit zwei Anträgen eine Kürzung um insgesamt 14,45 Millionen Franken. Einerseits solle eine Kreditkürzung von 4,9 Millionen Franken den wettbewerbsverzerrenden Zinsverzicht des regierungsrätlichen Antrags ausgleichen.



Andererseits beantragt die Minderheit eine Kreditkürzung von 9,55 Millionen Franken, das heisst konkret eine Kürzung um die Höhe der Eventualverpflichtung des Kantons im Falle eines Konkurses der IPZ Property AG. Nach Ansicht der Minderheit ist es nicht Aufgabe des Staates, das Risiko eines Scheiterns des Projekts zu tragen.

2. 8,2 Millionen Franken Planungskredit für den Flugplatz

Der Regierungsrat beantragt einen Verpflichtungskredit von 8,2 Millionen Franken für die Planung des Umsetzungsprojekts «Aviatick Flugplatz Dübendorf» ([5820](#)). Mit dem Beschluss über diese Vorlage wird auch darüber entschieden, ob der Kanton in Bezug auf die aviatische Nutzung eine aktive Rolle übernehmen will. Wird der Planungskredit bewilligt, erhält der Regierungsrat den Auftrag und die Mittel, um ein Vorprojekt auszuarbeiten und die notwendigen Verfahren einzuleiten. Eine Bewilligung des Planungskredits bedeutet aber noch nicht, dass das Vorprojekt dann auch umgesetzt wird. Dieser Entscheid wird wiederum beim Kantonsrat liegen. Die Kommission beantragt dem Kantonsrat mit 13 zu 3 Stimmen, dem Planungskredit zuzustimmen. Eine Minderheit (Grüne, AL) lehnt den Kredit ab. Ihrer Ansicht nach handelt es sich beim Forschungs-, Test- und Werkflugplatz nicht um eine staatliche Aufgabe. Der aviatische Betrieb könne nicht rentabel betrieben werden und werde daher nie ohne staatliche Subventionen auskommen.

3. Richtplanteilrevision auf Synthesebericht abgestimmt

Um die planerischen Eckwerte für den Innovationspark Zürich festzulegen, braucht es eine Teilrevision des Richtplans ([5821](#)). Die Eckwerte sind auf den Synthesebericht und den rechtskräftigen kantonalen Gestaltungsplan abgestimmt, dessen Festsetzung das Bundesgericht im November 2021 bestätigt hat. Die Festlegungen im Richtplan zum Flugbetrieb und zum Flugfeld zeigen das kantonale Interesse auf und sind als Ausgangslage für das Sachplanverfahren des Bundes (Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt, SIL) zu verstehen. Dieser Richtplan ersetzt die Teilrevision 2018, Kapitel 4.7.2 «Weitere Flugplätze» (5598).

Die Kommission hat die Vorlage des Regierungsrates moderat angepasst und beantragt, der Vorlage zuzustimmen. Der Grossteil der Anpassungen betrifft das explizite Festschreiben oder die Verschärfung von ökologischen und verkehrspolitischen Forderungen. Während etwa das Vermeiden unnötiger Lichtemissionen einstimmig angenommen wurde, resultierten aus anderen Forderungen zahlreiche Minderheitsanträge in die eine oder andere Richtung.

Viele Anträge um Flugbetrieb

Zahlreiche Anträge und Minderheitsanträge gibt es erwartungsgemäss auch zum Flugbetrieb: Die Kommissionsmehrheit will im Gegensatz zur Minderheit (SVP) den Flugbetrieb auf 20'000 Bewegungen «begrenzen» statt nur «auslegen». Die Grünen fordern mittelfristig die Stilllegung der Piste und eine reine Helikopterbasis. Die SVP fordert, basierend auf der Motion KR-Nr. 177/2015 von SVP-Kantonsrat Christian Lucek, weiterhin einen völlig analogen Karteneintrag der Piste wie beim Flughafen Zürich. Dass die Mehrheit die beidseitigen RESA (runway end safety area) nunmehr explizit erwähnt, genügt dieser Minderheit nicht. Die SP wiederum fordert mit Blick auf das WEF ein Verbot der kurzfristigen Parkierung von Flugzeugen.



Weitere Minderheitsanträge betreffen zum einen ein Verbot von weiteren, aviatisch nicht absolut erforderlichen Bauten und Anlagen im Umfeld der Piste (SP, GLP, Grüne) und zum anderen die uneingeschränkte Zulassung der Wohnnutzung im Innovationspark (SP, AL).

Kontakt:

Kommissionspräsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

Minderheit SVP: Christian Lucek (SVP, Dänikon), 079 402 31 41

Minderheit SP: Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Minderheit FDP: Doris Meier, (FDP Bassersdorf), 079 646 03 92

Minderheit GLP: Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon), 079 784 75 24

Minderheit Grüne: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61